

# Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Cübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags später an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon: Nr. 926.

Die Anzeigebühr beträgt für die sechseckige Seite oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108.

Dienstag, den 9. Mai 1916.

23. Jahrg.

## Riß durch Englands Geschichte.

Die englische Regierung ist in der vorletzten Woche mit ihrem Wehrpflicht-Kompromiß elendiglich gescheitert; sie ist daher in letzter Woche mit einem neuen Entwurf vor das Unterhaus getreten, und dieser Vorschlag hat die Billigung des Hauses gefunden. Mit 328 gegen 36 Stimmen ist er in zweiter Lesung angenommen worden. Mehr als 200 Mitglieder des Parlaments haben es also nicht für nötig befunden, zu der wichtigen Sitzung zu erscheinen. Sie haben es vorgezogen, sich ins Bett zu legen, um sich nicht festzulegen, haben sie sich fest gelegt.

Um den letzten Entwurf einbringen zu können, hat der Premierminister Asquith das Odium eines Wortbruders auf sich laden müssen. Er hatte sich feierlich verpflichtet, die Vereinten erst dann unter den Zwang stellen zu lassen, nachdem vorher alle fauligen Gedanken zum Dienste herangezogen worden waren. Die Zahl der Gedanken ist durchaus noch nicht erschöpft; aus den vielen Besetzungsfällen sind zahlreiche Unverheirathete bisher entschlüpft. Trotzdem bricht Asquith jetzt sein feierliches Versprechen, und stellt die Verheiratheten vom 18. bis 41. Lebensjahr unter die Wehrpflicht, den Wehrzwang.

Ein Staatsmann tut derlei nicht mit leichtem Herzen. Asquith hat sich denn auch bis zur letzten Minute gewahrt. Nachdem aber das Unterhaus das von dem Arbeitsminister Henderson zusammengetragene Kompromiß auseinandergerissen hatte, blieb ihm nichts weiter übrig, als sein Wort zu brechen, wenn er noch länger sich in der Gewalt halten und nicht dem radikalen Wehrpflichtanhänger Lord George weichen wollte. Dazu aber zeigt er vorläufig noch keine Neigung.

So ist er denn als Worthünger vor Unterhaus getreten und hat abgeschworen, was er vor einigen Monaten in feierlicher Form verkündet hatte. Er hat es getan in einer Rede, die trotz Aut-el-Nomara alles rosenrot färbte und die tröstliche Versicherung enthielt, daß die militärische Lage Englands wie der Entente noch zu keiner Zeit so günstig gewesen sei wie augenscheinlich. Der rednerische Salto verschaffte seinen Zweck; Asquith fand bissige Kritiker. Wobei immer darauf aufmerksam zu machen ist, daß mit den Bissigsten und Schärfigsten nicht erfahrt; das behalten Reuter und der englische Zensor gefälligst für sich.

Trotz aller Kritik und aller Unzufriedenheit mit den Leistungen der Regierung hat die große Mehrheit der anwesenden Abgeordneten den Wehrzwang gebilligt. Anfang Juni soll der Anfang mit den Verheiratheten gemacht werden; dann werden auch diejenigen in die Käferne gestellt, die sich nicht vorher „freiwillig“ zum Dienste gemeldet haben. Die allgemeine Wehrpflicht wird dann in England Wirklichkeit.

Das ist eine ungeheure Revolution im englischen Leben und in der englischen Vorstellungswelt. Das ist für die Engländer derselbe Umschwung, wie wenn die Deutschen heute den Entschluß färfen, hinsichtlich den Händen über die rauhe Erde zu wandeln, und wenn sie diesen Entschluß auch sofort ausführen. Es stehen buchstäblich alles und alle Kopf in England. Nicht weil England bislang etwa ein friedfertiges Land gewesen, und der Dienstpflicht aller Männer daher nicht bedurft hätte; sondern weil sie den radikalsten Umschwung der englischen Kriegsführung bedeutet, die sich stets darauf beschränkte, andere Männer, nicht Engländer, für sich ins Feuer zu jagen.

In Wirklichkeit ist England nicht der friedfertigste, sondern der kriegerischste aller europäischen Staaten. England hat unter ihnen die meisten Kriege geführt, weshalb schon Kant die Engländer das kriegerregendste aller Völker nannte. Die englische Geschichte bietet eine ununterbrochene Kette von Eroberungen, Einverleibungen, Unterwerfungen. Doch unter allen Völkern Europas hat es auch bei diesen Kriegen stets den geringsten Einsatz mit dem höchsten Gewinn zu verbinden gesucht, und obwohl das kriegerische Ende stets war es doch bei diesem Kriege das unmilitärische Volk. Die Zeiten, da man die englischen Bogenbüchsen den besten Fußtruppen Europas bezahlte, gehören dem Mittelalter und dem hundertjährigen französisch-englischen Krieg an. In den neueren Zeiten stand die englische Kriegskunst stets hinter der der Großstaaten des Festlandes zurück, war stets die Vertreterin der jeweils verlustreichen Röde.

Schon in dem Bürgerkrieg, der mit der Euthauptung Karls I. endete, spielten deutsche Verbündete des Königs auf Seite der Kavalier, deutsche und holländische Protestanten auf Seite der Revolutionären die Rolle der militärischen Lehrmeister. Dann trat freilich für kurze Zeit England mit Cromwells „Eisenseiten“ militärisch in den Vordergrund. In den folgenden Koalitionskriegen des siebzehnten und des achtzehnten Jahrhunderts, in denen sich Englands Weltmacht aufbaute und vollendete, erscheint die britische Regierung zwar meist als Führerin der Koalition, militärisch ist aber der Anteil an den gemeinsamen Leistungen äußerst gering. Am sichtbarsten tritt die kriegerische Leistung Englands noch im Spanischen Erbfolgekrieg hervor, wo das Heer des grünen englischen Feldherrn Marlborough, bestehend aus drei englischen Feldherrn, Marlbrough, bestehend aus drei englischen Feldherrn, Marlbrough,

mit dem Sohn des Prinzen Eugen im Kampfe gegen die finanzielle und organisatorische Überlegenheit des Frankreich Ludwigs XIV. vereinigte und ihrer Meister ward. Indessen die Soldaten Marlboroughs waren zum großen Teile aus den Niederlanden und aus Deutschland ge-

gegeben. Die englischen Machthaber wollten in das Weltkrieg zu Lande lediglich als Hilfsmacht eingreifen — getreu der bewährten Tradition —, und sie haben sich statt dessen von Monat zu Monat mehr genötigt gesehen, Anstrengungen zu machen, die denen der übrigen am Kriege beteiligten Staaten nahekommen. Bis sie jetzt sogar bei der allgemeinen Wehrpflicht angelangt sind, quis die jeder Engländer bisher als auf einen freien Mannes unerträglichen Zwang mit obgründiger Verachtung herabblieb.

Nur wenn man sich dies vergegenwärtigt und die geschichtliche Kette der englischen Vergangenheit vor sich abrollen läßt, begreift man die tiefe Kämpfe und inneren Erregungen, die sich an die Wehrgesetzgebung in England knüpfen. Es tritt wirklich etwas völlig Neues in die Geschichte Englands. Es muß seinen Krieg zum erstenmal seit einem Vierteljahrtausend mit eigenem Blute führen.

Aber die englischen Machthaber sind bereit, diese bittere Konsequenz zu ziehen, und das englische Volk offenbar auch. Bisher ist ein aktiver Widerstand auch in der Arbeiterschaft nicht geleistet worden; es erscheint uns sehr fragwürdig, ob in den nächsten Wochen sich etwas dem Aehnlichen ereignen wird.

Wer sich klarmacht, wie schwer jeder Mensch aus dem gewohnten Gleise zu bringen ist, und welche Zentnergewichte an dem Herkommen hängen, der kann sich ausmalen, was augenblicklich in englischen Hirnen vorgeht, und welche Umwälzungen in der englischen Vorstellungswelt sich abspielen.

Trotz dieser ungewöhnlichen Schwierigkeiten lebt sich die Rebellenbewegung in der englischen Gesellschaft durch. Die deutsche burgherliche Presse sollte daher endlich das gedankenlose Spiel aufgeben, über das englische „Söldnerheer“ zu wälzen, und über die inneren Kämpfe um die Wehrpflicht ihre billigen Glössen zu reißen. Sie hätte vielmehr allen Anlaß, den Engländern Gerechtigkeit widerzuhören zu lassen und anzuerufen, daß die englische Leistung der Umwertung aller Werte im Laufe weniger Monate eine Art schöner Anerkennung herauspreche.

Denn England ist der mächtigste der Feinde Deutschlands. Der mächtigste erhob sich jetzt zur letzten vollen Rüstung. Das sieht nicht danach aus, wie wenn er geneigt wäre, der Friedensbereitschaft beizutreten, zu der sich die deutsche Regierung in ihrer Antwort an Wilson bekannt hat. Das ist die schlimmste Nebenwirkung der englischen Wehrpflichtvorlage. Sie ist ja bedeutungsvoll, daß jeder Spott auf deutscher Seite erwidert werden müßte.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Der gestrige Tagesbericht meldet einen bedeutungsvollen Erfolg bei den Kämpfen um Verdun: Die Belagerung der Höhe 304. Wie schwer sich die Kämpfe um diese zäh verteidigte Höhe gestalteten und welche Bedeutung dieselbe für die weiteren Operationen hat, geht aus folgendem, vom 8. Mai datierten Bericht des Kriegsberichterstatters von Reden aus dem deutschen Hauptquartier hervor:

Die vergangene Nacht hat deutsche Truppen nach zweitägigen Kämpfen im Bereich der Höhe 304 den vollen Erfolg gebracht. Die französische Hauptstellung ist nun in deutscher Hand und auf der Cote selbst stehen deutsche Posten. Sorgfältige Vorbereitungen nach vereinigtem schweren Feuer gegen die Höhe 304 und die westlich anschließende Stellung haben gestern mittag bereits zur Sturmreihe geführt zu haben, doch ergab eine kurze schwere Reconnaissance, daß noch nicht jeder Widerstand gebrochen war. Nun wurde auch der Rest der französischen Hauptstellung nochmals kurz betroffen und dann das ganze Stück mit geringen Verlusten genommen, trotz des wütenden Nahkampfes, der sich noch mit den aus den Unterständen vorstürmenden Besatzungstruppen entwickele. Mehrere unmittelbar folgende mit sehr starken Kräften gerührte Gegenangriffe der Franzosen blieben für diese ganz erfolglos, trotz ungewöhnlich hoher Verluste, die ihnen das deutsche Artillerie- und Maschinengewehrfeuer brachte. Im Bereich zu diesen Verlusten war die Zahl der im ganzen an dieser Stelle gemachten Gefangen en (40 Offiziere und 1280 Mann) sehr gering. Es ist nun eine gerade Linie vom Termitenhügel über Höhe 304 bis zum „Toten Mann“ hergestellt. Wichtiger ist jedoch, daß die Angreifer nun von der Höhe 304 bis unmittelbar vor sich in die Mulde von Crance sehen können, die schon von den Franzosen vorwiegend als die eigentliche uneinnehmbare Stellung bezeichnet worden war. Außerdem ergibt sich die direkte Sicht gegen die beiden zur Höhe des „Toten Mann“ von Süden ansteigenden Rücken zwischen

Richtung ist aber das ganze Muldenystem bis Bois Bourrus und die von dort zur Maas laufenden Bois-Gruppen einzusehen.“

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist die Bestätigung der bisher vorliegenden Ansprüche des Vertreters vom Wolfschen Telegraphenbüro in New York nun mehr auch eine authentische Nachricht von deutscher Seite aus Washington dort eingetroffen, in der zum Ausdruck kommt, daß die deutsche Note an Amerika von der Regierung in Washington im günstigen Sinne aufgenommen worden ist, d. h. in dem Sinn, in dem sie gemeint war. Sonach bestätigt sich die Zuversicht, daß entgegen den Hoffnungen der Entente die deutsch-amerikanischen Beziehungen aufrechterhalten bleiben und für einen etwaigen weiteren Meinungs austausch jeder Spielraum gelassen ist.

Als ein Hazardspiel bezeichnete im englischen Unterhaus der Großkaufmann und Schiffs fachmann Holt das neue Wehrpflichtgesetz. Er hob hervor, daß 20 Millionen Mann in Frankreich England nicht retten könnten, wenn es die Herrschaft der See verlor. Die von Lord Beresford angeführten Ziffern für den Mangel an Schiffsräum und die Unmöglichkeit, den Verlusten entsprechende neue Schiffe zu bauen, gaben zu denken. Eisen, Kohle und Stahl würden fehlen, sagte Holt, und die Arbeiter seien durch die Nebenwerden reizbar und empfindlich geworden. Er nannte das Beispiel ein Hazardspiel, da es keine Sicherheit gebe, daß mehr als 200 000 Mann zu den Waffen gerufen würden. Er fuhr dann fort: „Wir wollen die größere Armee bilden, um einen letzten großen Schlag auszuführen, der den Krieg zum Ende bringt. Aber was geschieht, wenn dieser Schlag mißglückt? Wir können nicht jordwärts in Siebenmeilenstiefel marschieren, und wir können nicht das Rennen in dem gleichen Tempo bis 1918 fortsetzen.“

Die Anhänger der Dienstpflicht gerieten bei diesen Worten in große Erregung. Sir Leo Chittacon Jones rief:

Lloyd George rief: Die Worte Holts werden in Berlin wiederholt werden. Er habe von den Beamten des Schatzamtes erfahren, als er noch selbst Schatzkanzler war, daß man noch Jahre lang Deutschland widerstand leisten könnte. — „Daily News“ macht wegen dieser Auskunft Lloyd George den Kopf und sagt, daß die Verhältnisse heute anders liegen, als während Lloyd Georges Schatzkanzlerschaft vor einem Jahre. Heute habe England für fünf Millionen Soldaten zu sorgen. Hierzu kämen noch die neuen 200 000 Mann verheirateter Dienstpflichtigen. Jeder Mann koste 500 Pfund im Jahr. Dabei sollte die Zahl der neuen Dienstpflichtigen noch beträchtlich erweitert werden. Herr Holt, den die „Daily News“ einen klaren und wohlüberlegenden Denker nennt, möge recht oder unrecht haben, wenn er ein Jahr als Zeitgrenze dafür nenne, in der die finanzielle Widerstandskraft Englands auf der jetzigen Grundlage ihr Ende erreiche. Das aber sei sicher, daß dieser Zeitpunkt beträchtlich und selbst gefährlich näher rückt, wenn widerstandslos die Bürger zum Preise von 500 Pfund das Stütz in Soldaten umgewandelt würden. Der Augenblick komme nahe heran, an dem der Arbeitermangel so stark sei, daß der Schiffbau aufhören und die Leute von der Front zurückgebracht werden müssten, um die Aufbauten in den Docks zu erleichtern. Herr Holt, der ein ausgezeichneter Kenner sei, habe recht, wenn er darin warne, England, das bereits den Verbündeten mit seiner Flotte und seinem Kredit helfe, noch weiter zu überlassen. Ohne diese Mithilfe würde der Widerstand gegen Deutschland in einigen Wochen, ja in einigen Tagen, zusammenbrechen. „Daily News“ schließt: „England sei in der Lage, die nötigen Ausrüstungen zu liefern, während Rußland die großen Reserven habe, die es nicht auszutauschen könne. Russland sollte also die Mannschaften zur Verfügung stellen, während England sie austausche.“

Der sozialistische Abgeordnete Marcel Cachin berichtet in der „Humanité“, daß er in den Österreichern mit zahlreichen Parteigenossen gesprochen habe, die zum Österreich-Ungarn von der Front bei Verdun erhalten hätten. Diese seien auch heute noch ebenso gute Sozialisten wie früher, die mit Sehnsucht den Frieden herbeiwünschten, denn wer möchte ihn nicht? Aber auch als Sozialisten hielten sie aus, weil das Land ihre Anstrengungen forderte. Dann aber sieht der Abgeordnete fort:

Hier nun abgesehen, empfinden unsere Kameraden einen wahren Ekel vor den einsätzigen ruhmredigen Prahlereien, dem beschämten Optimismus und den armelosigen Dummbheiten, welche die Angreifer hinter der Front in gewissen Blättern loslassen. Sie empfinden Widerwillen vor den Übertriebungen und den Ausdrücken des Höchstes der Litteratur hinter der Front. Sie leiden, sie gedenken sich, sie harren aus, so weit es möglich ist, um der Eindringling hinauszutreten, aber sie, die den Feind genannt haben, verachten ihn nicht und beschimpfen ihn nicht. Sie sind besonders empört über die Pläne der Sieger am Kamin, die den Feind gänzlich vernichten und seine Niederlage teilen wollen. Sie sprechen nicht von den „letzten Bindungen des zum Tode gehesenen Tieres“, noch von „den letzten Stoßperingen des getroffenen Ebers“. Dafür sind sie zu ernst. Sie zuden auch bestmöglich die Athleten, wenn sie regeln möchten.

Was der sozialistische Abgeordnete Cachin hier aus den Reihen seiner Parteigenossen an der Front veranschaulicht hat, gilt wohl auch noch von anderen in den französischen Truppen.

Die Verbündeten am Balkan scheinen sich auf eine Offensivebewegung der Entente bei Saloniki zu gesetzen. Nun ist nur noch nicht klar über die Stellung Griechenlands und seines zaristischen Sohnes, wie in einem offensichtlich offiziellen Artikel des italienischen Korrespondenten des italienischen Blattes „Secolo“ bestätigt wird, jetzt entschlossen zu sein, die letzten Mittel einzunehmen, um Griechenland auf ihre Seite zu ziehen. Die Entente verlangt nicht die Raffenahme Griechenlands, die gegenwärtig auch unmöglich ist. Sie will aber unbedingt Sicherheit gegen eine Niedergangsschlag bei einer bevorstehenden Operation der Salontiki-Armee. Den Rücken der weiteren Osmanischen Städte wird die bestimmte Durchquerung Serbiens bilden, das mit der Stärkung des noch gültigen Allianzvertrages droht. Dies wurde der sozialistischen Führung der Beziehungen der Entente zu Griechenland verhelfen, deren militärischer Erfolg sie damit begleitete, direkt in den Strudel des Weltkrieges mit hineingezogen zu werden.

#### Die Kriegslage.

##### SEE. Großes Hauptquartier, 8. Mai. (Weltkrieg.)

###### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die in den letzten Tagen auf dem linken Maaszipfel in der Sprache und Sprüche unserer sozialen Schwester, aber mit weniger Verlusten durch die österreichische Operationen sehr stark geschwächt. Eine fortwährende Gegenwehr und während der Verteidigung des Feindes wurde des ganzen Grabens sowie des ganzen Grabens unter die Höhe 304 gekommen und an jenseits bis zu die Höhe selbst vorgegangen. Der Feind hat unerwartet diese Masse Soldaten erobert, so daß er unerwartet diesen Verlusten nur 48 Offiziere und 1280 Mann in eigene Hände holte.

Auf die Gegenwehr gegen unsere Stellung am Maaszipfel haben „L'Écho de la Marne“ und „Le Petit Journal“ ebenfalls aufmerksam gemacht.

Auf dem Ozean erzielten uns bedeutende Erfolge. Thessaloniki eroberte Griechen, in denen der Feind selbst des Schusses nach innen mehr als einen Regen entgegengestellt. Der Feind brach mit dem Verlust von 300 Gefangenen ab.

Bei den geschilderten Erfolgen wurden weitere große Erfolge erzielt. Sozusagen hat der Feind im Maaszipfel verloren, mehr als die nach weniger Widerstandserfolgen zu verlieren erwartete Seite mitgenommen, die Stärke von 51 Divisionen verloren und damit weniger als Doppelter auf unserer Seite, der der Feind, bisher in den Räumen geschildert.

Bei den geschilderten Erfolgen werden weitere große Erfolge erzielt. Sozusagen hat der Feind im Maaszipfel verloren, mehr als die nach weniger Widerstandserfolgen zu verlieren erwartete Seite mitgenommen, die Stärke von 51 Divisionen verloren und damit weniger als Doppelter auf unserer Seite, der der Feind, bisher in den Räumen geschildert.

Zwei zweijährige Doppeldecker Flugzeuge und Dampfer in der See zwischen Frankreich und Italien.

###### Deutscher und Italienischer Kriegsschauplatz.

Die See ist in einem guten Zustand.

Weise mehr zu reichen. Die Sozialdemokraten haben deshalb zum Statut des Reichsgerichts des Innern den Antrag gestellt:

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Bundesregierungen dahin zu wirken, daß zum Zwecke einer ausreichenden Unterstützung der Familien in den Lieferungsverbänden und Gemeinden Bedarfssätze festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß den Kriegsfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Teuerung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstüzung gesichert wird und von diesen Bedarfssätzen nur abgewichen werden soll, wenn besondere Gründe dafür geltend gemacht werden können.“

Der bisher schon für Unterstützung der Kriegerfamilien an die Bundesstaaten gewährte Reichszuschuß ist entsprechend zu erhöhen.“

#### Die Angstmacherei vor dem „Eindruck im Auslande“.

Die amtliche „Correspondenz für Ernährungsfragen“ wandte sich in einer Notiz: „Kritik und Gewinninteressen“ gegen die Zeitungskritik der staatlichen Maßnahmen in der Lebensmittelfrage. Das amtliche Organ wird von der „Tägl. Rundschau“, die den Lebensmittelmarkt erkenntenswerterweise immer mit Entschiedenheit befämpft hat, scharf abgefeuert. U. a. schreibt die „Tägl. Rundschau“:

„Es ist furchtbar, nett von der amtlichen Correspondenz, daß sie so gütig voraussetzt, die Kritiker an den unerhörten Zuständen, die auf unserm Nahrungsmittelmarkt seit Jahr und Tag unter der pfeiligen Duldung durch unsere nicht aus ihrem Amtschimmelstab zu bringenden Behörden sich herausbildet haben, hätten nicht die Absicht, das Vaterland zu vertrüben und den Feinden den Mut zu stärken. Es widerspricht aber glatt den Tatsachen, wenn die Correspondenz behauptet: „In eine Unterbindung der Kritik hat niemand gedacht“. Die Wahrheit ist, daß man sich lange Zeit sehr lebhaft an der Unterbindung der Kritik bemüht hat, offenbar aber führt man seit einiger Zeit, daß man auf die Dauer dem angestauten Maß von Empörung ohne Gefahr nicht jede Möglichkeit des Ausdrucks verlagen kann...“

Die „Tägl. Rundschau“ wendet sich dann gegen den muernden Unsegen dort, wo die Regierung von ihren „Wach-mit-den-Polz-mach-nicht-nach“-Methoden nicht abzubringen war und fährt fort:

„Mit der ewigen Angstmacherei vor dem „Eindruck im Auslande“, mit der man immer wieder und in allen und jedem die Unzulänglichkeit unserer Regierung vor gehöriger Kritik sichern möchte, sollte man uns doch nicht mehr kommen. Das heißt immer wieder die Symptome unterdrücken wollen statt die Krankheit zu heilen. . . . Daß wir deshalb aufhören sollten, die Kriegswirtschaft unserer Regierung eine betrübende Unzulänglichkeit zu nennen, ist eine sehr naive Jammut. Im Gegenteil, es wird immer notwendiger und immer mehr gebietender Pflicht, gegen diese bewährte Unzulänglichkeit zu wirken.“

#### Östdeutsche Zukunftsvorbereitungen.

In Königsberg ist ein „Institut für ostdeutsche Wirtschaft“ gegründet worden. Vorläufiger ist der Oberpräsident, die Leitung liegt in den Händen von fünf Professoren. Es ist beabsichtigt, an dem Institut Vertreter der Provinz, des Städteages, der Landkreise, der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Handwerks zu beteiligen. Die erforderlichen Mittel sollen durch erhebliche einmalige Zuwendungen und durch jährliche Beiträge der Selbstverwaltungskörper der Provinz sichergestellt werden. Das neue Institut hat u. a. die Aufgabe, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen, die aus der Angliederung der neuen Gebiete ergeben. Gewissermaßen zur Rechtfertigung der neuen Gründung wird von ostpreußischen Blättern geschrieben:

„Ostpreußen wird von einer Seite von der See begrenzt und im Osten und Süden bis jetzt von einer russischen Zollmauer. Es besteht für die Provinz, um nach dem Weiten des Reiches zu kommen, nur ein schmaler Zugang nach der Provinz Westpreußen. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Kriege diese letzte Ursache des wirtschaftlichen Zurückbleibens sich ändert und daß die Grenze nach Osten hinausgeschoben wird und neue Gebiete nach den deutschen Volkswirtschaften dientlich gemacht werden. Damit bietet sich die Gelegenheit, das ganze Wirtschaftsleben des Ostens zu heben. . . . Wenn die Provinz Ostpreußen wegen der Nähe der feindlichen Grenze und wegen des wirtschaftspolitischen Abschlusses von ihrem natürlichen Hinterland ökonomisch zurückgeblieben ist, dann muß, sobald die Grenzen fallen, alles aufgehoben werden, das Verhältnis nachzuholen. Um diese Aufgabe zu lösen, ist das Institut für ostdeutsche Wirtschaft gegründet worden.“

#### Maßnahmen gegen die Kleiderhamster.

In den letzten Tagen haben in Düsseldorf Beratungen zwischen der Leitung der Reichs-Bekleidungsstelle und Vertretern der Textilverbände stattgefunden, die sich mit der Frage der Verkürzung der minderbemittelten Bevölkerung mit Textilstoffen für die Zukunft beschäftigten. Hierbei wurde die Mitteilung gemacht, daß demnächst eine Kleiderkarte zur Einführung gelangen soll, und zwar als Anweisung für die minderbemittelte Bevölkerung zum Bezug der notwendigsten Bekleidungsstücke. — Diese Maßnahme er scheint bei der jetzigen Stoffknappheit ehrlich dringend geboten; denn nichts Seltenes ist es jetzt, daß sich Leute, die es sich finanziell leisten können zwei und drei Anzüge von ihrem Schneider machen lassen, um für längere Zeit mit Kleidern versorgt zu sein.

#### Die Vereinigung der beiden Schwarzburg.

In Arnstadt tagte die Konferenz zur Vorbereitung der Verschmelzung der Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen. Von den Landtagen der Fürstentümer waren je sechs Abgeordnete und außerdem je drei Regierungsräte anwesend. Die Konferenz nahm folgende Leitsätze an, die den Landtagen noch zur Befreiung und Beschlussfassung vorgelegt werden müssen:

1. der Ausbau hält den Zusammenfluß der beiden Fürstentümer für zweckmäßig und durchführbar.
2. In der Wahlrechtsfrage ist der Ausbau der Kammer der Freiheit, daß beide Landesteile mit der gleichen Zahl von Abgeordneten vertreten werden. Er hält folgende Zusammensetzung empfehlenswert: 1 vom Landesherrn ernannte Mitglieder, 12 Höchstbeteuerte, 16 Abgeordnete aus allgemeinen Wahlen bei gleichem, direktem und geheimer Wahlrecht älter über 25 Jahre alten männlichen Staatsbürgern.
3. In der Kammergriffsfrage ist der Ausbau der Ansicht, daß eine einheitliche Gestaltung des Kammergriffsatzes notwendig ist. Es ist daher eine reale Teilung des Kammergriffs zwischen Stadt und Kammer, ähnlich wie in Gotha, erreichbar.
4. Die Aufstellung der Haushaltspläne beider Städte hat nach gleichen Gesichtspunkten zu erfolgen.
5. Als künftiger Sitz der Regierung wird Arnstadt vorgeschlagen.

Bei der Art der Zusammenlegung des Rudolstädter Landtages dürfte an eine Annahme der Leitätze über die Wahlrechtsfrage nicht zu denken sein.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 9. Mai.

Die Bürgerschaft hatte sich in ihrer gestrigen Versammlung mit mancherlei wichtigen Angelegenheiten zu beschäftigen. Die bedeutungsvollste Vorlage war diejenige, welche die Schaffung eines Industriegeländes und eines Industriehafens auf dem Vorwerk Gelände zum Zweck hat. Die Bürgerschaft stimmte ihr ohne größere Debatte einmütig zu. Für die Entwicklung Lübecks ist damit, unter Aufwendung recht erheblicher Mittel, vieles und wie wir annehmen Erfolgsverhendes getan.

Eine lange Erörterung von Mißständen in der Organisation der Volksernährung setzte beim Senatsantrag über die Verstärkung der für den Schlachthof und die Auslandsleistungsbewilligung für das Rechnungsjahr 1915 budgetmäßig zur Verfügung stehenden Mittel ein. Herr Klein leitete die Debatte ein mit einer Kritik der Fleisch-, Butter- und Kartoffelversorgung. In anderen Städten, wie Hamburg, erhalten die Bevölkerung noch Hülsenfrüchte und Reis, während sie hier nicht mehr zu bekommen seien. Auch die höheren Brotpreise rügt er. Vom Genossen Paue wurden dringend Maßnahmen zur Herabsetzung der Brotpreise gefordert, die ihren Grund vor allem darin haben, daß hier die Roggennählpree weit höher sind als in Hamburg. Genosse Stelling trat für eine Regelung der Butterversorgung nach Dresdenem Muster ein, damit die heutigen unzulänglichen Zustände aufhören. Er wies darauf hin, was bezüglich der Fleischversorgung und auch der Anschaffung anderer Artikel, wie Reis und Hülsenfrüchte, in anderen Bezirken geschehen ist im Gegensatz zu Lübeck. Die Wurzel des Übels sei in dem völlig unzulänglichen Eingreifen des Reiches zu erblicken; deshalb müßt Lübecks Vertreter im Bundesrat für ein zweckmäßigeres Eingreifen wirken. Senator Dr. Lienau gab zu, daß Mißstände sich gezeigt hätten, doch ist er der Meinung, daß bald die größten Schwierigkeiten überwunden würden. Von Herrn Thiele wurde in Rücksicht auf die Fleischknappheit wiederholt die Freigabe des Angelns verlangt. Die meisten weiteren Redner bemängeln gleichfalls die bestehenden Mißstände. Hoffentlich trägt diese Debatte dazu bei, eine Besserung des gegenwärtigen beklagenswerten Zustandes herbeizuführen.

Beim Senatsantrag auf Erlass eines Gesetzes, betr. die Anrechnung von Kriegsdienstzeiten in der Ruhegeld- und Hindernisschwerpunktierung für Staatsangehörige, machte Genosse Hoff gewichtige Bedenken dagegen geltend, geringer bezahlten Staatsangehörigen und Beamten während des Kriegsdienstes Beiträge abzuziehen, während die höheren Beamten nichts für ihre Pension aufzuwenden brauchten. Die Vorlage wurde an eine dreigliedrige Kommission übertragen.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Senator Dr. Fehling und Vorführer Dr. Görtz den Versuch von Senator Poschel, dessen Anschluß sich vor dem Reichsgericht herausgestellt habe. Den vorstehenden Bürgerausschußmitgliedern Podelhoi und Waarsch wurden ehrende Anerkennung gewidmet.

Die Wiederaufnahme der aus Anlaß des Krieges unterbrochenen Strafholzfreizeitung ist durch Verfügung des Justizministers vom 17. April angeordnet worden. Die Verfügung wird im Reichsministerialblatt vom 5. Mai veröffentlicht und hat folgenden Wortlaut: „Seit Beginn des Krieges hat zahlreiche zu Gefangenstrafen verurteilte Personen wegen zuvoriger Räumung von Gefangenlager oder zur Erledigung dringender Arbeiten oder aus ähnlichen Gründen aus dem Gefangenlager entlassen worden, ohne daß sie in das Heer eingezogen werden. In solchen Fällen kann es eine unbillige Säorie bedeuten, wenn ein Beurteilter zur Verbüßung einer kleinen Strafe oder einer im Vorhinknis zu dem Bereich verurteilten Strafei unterbleiben Strafesetz die Strafe wieder antreten müsse. Die Freien Stadtsanwalte haben deshalb — wie es bisher sowieso geübt — in geeigneten Fällen von Räumungen vor Wiederaufnahme der Strafholzfreizeitung über die Errichtung eines Gnadenemisches oder einer sonstigen Vergnügung an mich zu berichten. Soweit die Vollstreckung den Gnadenemischen obliegt, haben diese in Fällen, in denen eine Berichtserstattung in Frage kommt, die Alten dem Ortsstaatsamt vorzulegen.“

Die diesjährige öffentliche Impfung. Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 15. März 1880, die Ausführung des Impfgesetzes betreffend, und vom Senat die nechtenden Impfbezirke gebildet und den bei ihnen nahestehenden, vom Senate erwählten österrischen Impfärzten unterstellt worden:

Impfbezirk I: „Süd“, umfassend die beiden städtischen Quartiere Johannis und Marien, die Vorstadt St. Jürgen und die Ortschaften Brandenbaum und Hohenkirche. Impfarzt: Dr. von Thoden zu Lübeck.

Impfbezirk II: „Nord“, umfassend die beiden städtischen Quartiere Marien-Magdalenen und Jakobi und die Vorstadt St. Gertrud. Impfarzt: Dr. Busch zu Lübeck.

Impfbezirk III: „St. Lorenz Nordwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz nordwestlich von der Fasanenburger Allee und deren gerade Nummern. Impfarzt: Dr. Johann Friedrich Christen zu Lübeck.

Impfbezirk IV: „St. Lorenz Südwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz südwestlich von der Fasanenburger Allee und deren ungerade Nummern. Impfarzt: Polizeiarzt Dr. Feldmann zu Lübeck.

Impfbezirk V: „Travemünde“, umfassend die Impfdistrikte. Bei den Impfdistrikten ist der Ort, in welchem der Impfarzt Impfungen für die Bewohner des Distrikts unentgeltlich vornimmt (Impfort), durch den Druck hervorgehoben: a) Travemünde, Fornau, Teutendorf, Brodten und Wendorf; b) Kühlungsborn, Poppendorf, Dümmerdorf und Waldhufen; c) Stems-Tarischburg. Impfarzt: Dr. Paeppler zu Travemünde.

Impfbezirk VI: „Raffa“, umfassend die Impfdistrikte a) Raffa, Ritterau, und Poggensee; b) Groß-Schreiten und Klein-Schreiten; c) Teamm; d) Behlendorf, Ahlsdorf, Hollenbeck, Sieversdorf und Harmsdorf; e) Sierksdorf und Düchelsdorf. Impfarzt: Dr. Reehs zu Raffa.

Impfbezirk VII: „Krogsförde“, umfassend die Impfdistrikte a) Krogsförde Baum, Krogsförde Niemar, Ober- und Niederbüssau; b) Krummese mit Hof, Brömbsenmühle und Heidendorf; c) Walsdorf, Vorrade und Blumenthal. Impfarzt: Dr. Reupold zu Krummese.

Impfbezirk VIII: „Schlutup“, umfassend die Impfdistrikte a) Schlutup, Weslow, Alte Mühle und Altwauhof; b) Kreuelsdorf und Gohmund. Impfarzt: Dr. Gusmann zu Schlutup.

Impfbezirk IX: „Land“, umfassend die Impfdistrikte a) Moisling, Berlin, Badenbüttel und Koggenhorst; b) Ahrensburg, Rieck, Rieckgarten und Rienhüsen; c) Strelasund (Großer Baum), dritt Rüschendorf, Wronki, Kl.-Gronau, Altenbüttel, Muggenbucht, Ahlsholzhorst und Harbersdorf; d) Utecht, Schäfelin und die dazu gehörigen Vororte, sowie Rodendorf; e) Tornow, Karow, Koselendorf und Steinrade. Impfarzt: Arzt Berthold Raben zu Strelasund.

Nach den Bekanntmachungen des Reichs-Jahresgesetzes vom 8. April 1914 und im laufenden Jahre 1915 der Impfung mit Schutzpocken zu unterziehen: 1. alle im Jahre 1915 geborenen Kinder, sofern sie nicht noch orangefarbene Zeugnisse der natürlichen Blätter überdecken haben, oder bereits mit Erfolg geimpft sind; 2. alle im Jahre

1904 geborenen Jünglinge einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule, mit Ausnahme der Sonntags- und Abendschulen, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugniß in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blätter überdecken haben, oder mit Erfolg geimpft worden sind; 3. alle Kinder, welche in den Jahren 1914 und 1915 impflichtig waren und bei welchen die vorgenommene Impfung nach dem Urteil des Arztes erfolglos geblieben ist; 4. alle impflichtigen Kinder, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses von der Impfung vorläufig bereit gewesen sind, wenn der Grund dieser vorläufigkeit bereit gewesen ist. Ist ein Impflichtiger auf Grund ärztlicher Zeugnisse von der Impfung zweimal bereit geworden, so kann die jüngste Berechtigung nur durch den zuständigen Impfarzt erfolgen. (§ 2 Absatz 2 des Impfgesetzes.) Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Jünglinge bisher der Impfung ohne geschicklichen Grund entzogen sind, werden hierdurch aufgefordert, die nachträgliche Impfung bis zu dem letzten für die öffentlichen Erfordernisse vorgesehenen Zeitpunkt bzw. Wiederimpfungen ihres Bezirks angeleitet werden vornehmen zu lassen.

Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren impflichtige Kinder und Pflegebehobenen von einem nicht in dem heiligen Staatsgebiete angefeindeten Arzte geimpft worden sind, haben in dem für ihren Wohnort angefesteten Termine zur Impfung oder nach Rücksicht dem Impfarzt ihres Bezirks durch Vorlegung des über die Impfung ausgestellten Impfcheinnes die Impfung nachzuweisen. Ist die leichtere erst erfolgt, nachdem die jüngsten Impftermine stattgefunden haben, so ist der Impfchein

den Gesundheitsamt einzureichen.

Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen in der Stadt und in den Vororten werden vom 10. Mai bis 8. Juli d. J. a) für Erstimpfungen am Mittwoch, den 10. und 24. Mai, den 7. und 21. Juni und 5. Juli; b) für Wiederimpfungen am Sonnabend, den 13. Mai und 10. Juni nur für Kinder, den 2. Juli für Knaben und Mädchen um 2½ Uhr pünktlich stattfinden, und zwar für den Impfbezirk I in der Turnhalle der Dom-Volksschule, Domkirchhof 6; für den Impfbezirk II in der Turnhalle der Burg-Volksschule, Hinter der Burg 6; für den Impfbezirk III im Konstablersaal der St. Matthäikirche, Schwarzer Allee 38/42, für den Impfbezirk IV in der Turnhalle der L. St. Lorenz-Volksschule, Kirchenstraße 5. Die Nachfrage wird am nächsten Mittwoch, den 17. und 31. Mai, 14. und 28. Juni und 12. Juli bzw. am nächsten Sonnabend, den 20. Mai, 3. und 17. Juni, 1. und 15. Juli nachmittags 2½ Uhr pünktlich vorgenommen, wobei zugleich die Impfcheine ausgetauscht werden. Für die ländlichen Impfdistrikte (V, VI, VII, VIII und IX) wird in den einzelnen Impfdistrikten in der Regel nur ein Termin zur Impfung und Nachschau vom Impfarzt abgehalten. Zeit und Ort wird in den einzelnen Ortschaften jedesmal vorher in ordentlicher Weise bekannt gemacht werden.

Der Lübecker gemeinnützige Bauverein legt der am Donnerstag stattfindenden Generalversammlung seine Fahrericht vor. In ihm werden die Bauten an der Luisenstraße, die 1915 52,36 Mark erforderten, bekrönt und der Mangel an Kleinwohnungen erwähnt, der sich nach dem Kriege noch verschärft wird. Eine beachtliche Förderung des Kleinwohnungsbaus von Staatsseite wird begrüßt. Im allgemeinen ist man mit der Handhabung der Wohnungen durch die Mieter bestreitig, doch liegt nun über zu wenig Leuten der Zugängen und Treppen, was in heutiger Zeit nicht zu verhindern ist, da der letzte Pfennig zuerst für den Lebensunterhalt hergegeben werden muß. Der Vorstand will den Mitgliedern Selbsthilfe geben. Der Verein besitzt jetzt 66 Häuser mit 252 Wohnungen (762 Wohnumråme), 1 Warmbräuhaus und 3 Läden. 531 104,91 Mark beitragen die Bauten, 125,58 Mark sind davon abgeschrieben. Unter den 113 Genossen befinden sich 55 Gelehrte, höhere Beamte, Landwirte, Reiter, 25 Kaufleute, 12 Großindustrielle, Gewerbetreibende, 260 Unterbeamte, Werkmeister, Handwerker usw. Die Mietpreise schwanken zwischen 142 und 290 Mark, mit Laden bis 420 Mark. In 20 Wohnungen wurde eine Gasleitung hergestellt und dafür der Mietpreis um 1 Mark pro Jahr erhöht. Das höchste vorstellbare ab gegenüber dem Privatgebrauch ist gewöhnlich 10–20 Mark hinaufgestiegen. Das Warmbräuhaus in der Ludwigstraße ist bis auf 700 Mark abgedreht. Im letzten Jahre wurden 200 Bäder genommen, für die außer dem staatlichen Zuschuß von 1200 Mark noch 293,15 Mark beizutragen befreut musste. 75 Mitglieder sind im Felde, jedes erhält zu Weihnachten 5 Mark Vereinsgefecht. Das Geschäftsergebnis wird als beständig gebucht. 501,80 Mark werden prozentisch auf die Gehobenen der Mitglieder verteilt.

Gegen die Soldatenpietäten bei den Jugendwehren. Der Schalde für Hessen, das Organ des Hessischen Landeslehrervereins, weidet sich gegen die Uniformierung und militärische Ausbildung der Jugendwehren. Bei den Übungen läßt es sich nicht reißen, sondern auf geordnete und planmäßige Erziehung in vornehmer, geistiger, geistiger und militärischer Beziehung. Die Ausgestaltung der Turnplätze in Volk- und Fortbildungsschulen ist ein Mittel zur Errichtung dieses Zwecks. — Wir können es nicht uns Nachahmen militärischer Normen und Soldatenpietäten handeln, sondern um turnerische Übungen aller Art, Marschierungen usw. Besonders nachdrücklich mögen alle Freunde der Jugend die jetzige Entwicklung der militärischen Jugendziehung als ungünstig empfinden, daß der erzielliche Erfolg schwand. Nicht auf militärischen Drill und framme Erziehung kommt es bei der Jugend an, weil sie dazu im Alter von 18 Jahren nicht reif sei, sondern auf geordnete und planmäßige Erziehung in vornehmer, geistiger und militärischer Beziehung. Die Jugend hat wahrscheinlich andere Aufgaben zu erfüllen.

Über Geschlechtskrankheiten, ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft und ihre Bekämpfung spricht am Montag, dem 15. Mai, abends 8 Uhr, im Saale der Gesellschaft zur Beförderung geistiger Tätigkeit Osteuropa-Prof. Dr. Thaddeus Stremmel, worauf wir alle Interessenten, namentlich die Kaufleute und reichlichen Mitglieder der Allgemeinen Ortskundensäule, der Gesellschaften, Vereinen und Gesellschaften, sowie sonstige Arbeitgeber, die alle eingeladen sind, sich jetzt aufmerksam machen. Dieses äußerst wichtige Thema wird wieder nicht verschwiegen. Besonders nachdrücklich mögen alle Freunde der Jugend die jetzige Entwicklung der militärischen Jugendziehung empfinden. — Die großen Saal bis auf den letzten Platz zu füllen. Siehe Anzeige.

Eholsungsheim in Wetterau. Man schreibt uns: Beamte und Angestellte, die ihre Gesundheit durch einen Landaufenthalt frischigen wollen, finden dazu vorzügliche Gelegenheit im Eholsungsheim für Biedebische Beamte und Angestellte in Wetterau, das auch Reichsbahn, Hamburgische und Schleswig-Holsteinische Beamte, sowie Privatangestellte und deren Angehörige, ausnahmsweise aus großem Kinder, aufwändig eingerichtet. Ein großer Saal bis auf das zweitgrößte eingerichtet. Hier ist den Freuden die günstigste Gelegenheit zur Wiederherstellung vorzüglicher und gerüsterter Freude. Das Kosten, das trotz des außerordentlich hohen Lebendmittelpreises nur um 80 Pf. täglich erhöht ist, beträgt jetzt 2,25 M. bis 4.— M. täglich. Besuchungen auf Zimmer werden schon jetzt im Städte- und Landwirtsparade 1. 1. Übergrößiges Zimmer entgegenkommen.

der Lederriemchen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen sind einem hier zugereisten Landmann folgende Passirscheine zu Studien der 3. Kriegsanleihe über je 200 Mark Lit. E 2446 370, Lit. E 2446 371, Lit. E 2446 372.

pb. Entwendete Sackwagen. Aus einem an der Moislinger Allee belegenen Schuppen sind in der letzten Zeit 2 leichte Sackwagen mit Eisenfählen gestohlen worden. Beide Sackwagen tragen den Brennstempel H. W.

Hamburg. Hamburger Kriegsführer. Im Oktober 1915 wurden 822.725 Liter Essens an die Bevölkerung abgegeben, im November fiel die Ausgabe auf 728.892 Liter und im Dezember auf 670.403 Liter, um dann von Januar 1916 an wieder entsprechend der Vermehrung der Kriegsführer und der Erhöhung der Lebensmittelpreise zu steigen. Im Januar wurden bereits wieder 689.425 Liter abgegeben, im Februar 909.085 Liter. Im März zeigt sich eine ganz erhebliche Steigerung, die heinrich das Doppelte der bisherigen Abgaben erreichte. Es wurden nämlich 1.778.075 Liter abgegeben, und auf dieser Höhe hat sich die Ausgabe auch während des Monats April gehalten, indem im ganzen anstehende 1.790.000 Liter an die Bevölkerung geliefert wurden. Wie stark die Steigerung vom März bis zum April war, wurde an zwei verschiedenen Tagen festgestellt. Am 9. März 1916 wurden 66.710 Liter abgegeben, am 27. April 81.935 Liter. 70.000 Mk. wäret es klagt. Freitag fand vor der Strafkammer II des Landgerichts die Verhandlung gegen den 31-jährigen Eisenbahnerberater Heinrich Wiedt statt, der beschuldigt wurde, dem Altonaer Beamten-Verein als Leiter einer Herrengarderoben-Abteilung in den Jahren 1911 bis 1916 70.000 Mk. unterstellt zu haben. Der Angeklagte war völlig gesündigt und will durch Schulden in Wucherhände geraten sein. Als er die Kosten habe, sei es für seine Rettung schon zu spät gewesen. Das Gericht verurteilte ihn zu 2½ Jahren Gefängnis und 2 Jahren Zuchtaufzug. Blutet eines Behörbergers. Ein in der Kleefeststraße wohnender Wirt kam in der Nacht zum Sonntag mit drei Burschen in Stricit, in denen Verlauf der Wirt einen Dolch zog und ihn einem der Burschen in die Brust stieß. Der Getroffene, ein 19-jähriger Schlosser, wurde ins Hosentransportkrankenhaus gebracht, wo er seiner schweren Verletzung erlegen ist. Der Täter geriet in Haft.

Gütersw. Verhungett. Tot aufgefunden wurde die frühere Kammerjungfer Charlotte A. in ihrer Wohnung. Güterw. Die gerichtliche Untersuchung der Leiche ergab, daß der Tod durch Verhungett eingetreten war. Für die Wohnung wurden noch 18 Mk. 31 Pf. dotes Geld, verschiedene Schmuckstücke und drei Sparbüchsen mit über 900 Mk. vorgefunden.

## Aus Nah und Fern.

Aus den Hamsterbauen. Die Nachforschungen, die die Berliner Polizei bei den Schlachtermeistern aus den Drängen der öffentlichen Meinung hin in den letzten Tagen ange stellt hat, haben zu eigenartigen Entdeckungen geführt, die in Berlin das größte Aufsehen erregen. Noch am 2. Mai wurde in einer Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten gesagt, daß bei den polizeilichen Durchsuchungen in den Kühlhallen und in einer größeren Anzahl von Schlachtereien festgestellt worden sei, daß nicht in einem einzigen Falle eine Zurückhaltung stattgefunden habe. Diese Erklärung des Polizeipräsidenten wurde sofort beim Publikum mit dem größten Misstrauen aufgenommen und es hat sich gezeigt, daß dieses Misstrauen durchaus berechtigt war. Nachdem schon in den letzten Tagen in Charlottenburg und in Grünau bei einer Reihe von Schlachtern nachgewiesen worden war, daß sie große Mengen von Fleisch, Wurst und Fett trotz der Not des Volkes zurückgehalten haben, ereigneten sich auch in Berlin einige Fälle, die allerdings geringeren Umfang waren. Nunmehr hat die Polizei auf eine Anzeige hin Nachforschungen bei einer der bekanntesten Schlachterfirmen, Hoffschlachtermeister Biesold in der Wilhelmstraße, dessen Geschäft bereits seit 1819 besteht, ange stellt. Biesold hatte schon seit Wochen an seinem Laden ein Schild mit den Worten: "Fleisch ausverkauft", und den zahlreichen Kunden, die in seinem Laden vorprachen, wurde selten etwas anderes als Scherwurst verkauft. Am Morgen erschien ein großer Polizeiauftrag unter Führung eines Polizeihauptmanns im Laden Biesolds und begann die Nachforschungen. In den Kühlräumen wurden Fleisch- und Wurstwaren entdeckt, wie sie bisher noch bei keinem Fleischer gefunden worden sind. Man fand Hunderte von Zentner Speck, Schinken, Dauerwurst, italienisches Kind- und Schweinefleisch, Böfleisch, ganze Tonnen Fett und Talg und noch vieles andere. Auch in der Privatwohnung der Inhaberin, die sich in demselben Hause befindet, wurden große Mengen von Vorräten namentlich an Wurst gefunden. Ferner ermittelte die Polizei, daß sich in der Villa der Frau Hoffschlachtermeister Biesold in Wanne ebenfalls große Vorräte von Fett und Dauerwurst befanden. Am Vormittag begaben sich einige Beamte dort hin und entdeckten in der Tat gewaltige Vorräte von Dauerwurst und eine ganze Reihe von Tonnen mit Fett und Talg. Auch diese Waren wurden sämtlich nach Berlin gebracht. Man nimmt an, daß auch in der Villa eines weiteren Mitinhabers der Firma in Fürstenberg in Mecklenburg noch große Fleischvorräte verstckt sind. Auch dort wird auf Veranlassung der Polizei eine Hausdurchsuchung abgehalten werden. Am Vormittag schon um 5½ Uhr stellten sich zahlreiche Käufer ein, die von den Entdeckungen der Polizei gehört hatten. Es strömten immer mehr Scharen von Haustüren herbei und bald standen viele Hunderte in der Wilhelmstraße bis zur Leipzigerstraße hin.

die von Schuhleuten in Ordnung gehalten wurden. Die vorgefundene Fleisch-, Wurst- und Fettvorräte mußten unter Aufsicht der Polizei in dem Laden Biesolds verkauft werden. In Friedenau wurde vor einigen Tagen beschlagnahmt, wie man in Friedenau Güterbuden 12 bis 15 Sack verdorben Zwiebeln weitransportierte. Die Säcke sahen aus wie die Stadtschweine, die Keime waren dicht aneinander durchgewachsen. Und dabei sind Zwiebeln jetzt auch ein kostbares Gut, fünfmal so teuer wie sonst und kaum zu haben!

## Neueste Nachrichten.

### Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 9. Mai. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Anschluß an die Erfolge bei der Höhe 304 wurden mehrere feindliche Gräben erstürmt. Ein Versuch des Gegners, das auf der Höhe 304 verlorene Gelände unter Einsatz sterblicher Kräfte zurückzuerobern, scheiterte unter für ihn schweren Verlusten. Ebensoviel hatten französische Angreiffe auf dem Ostufer der Marne in der Gegend des Thiaumont-Gebütes Erfolg. Die Zahl der französischen Gefangenen dort ist auf drei Offiziere und 375 Mann, außerdem 16 Verwundete, gestiegen. Es wurden 9 Maschinengewehre erbeutet.

Von den übrigen Fronten ist außer mehreren für uns erfolglosen Patrouillenunternehmungen nichts Besonderes zu berichten.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

### Ein kleines Seegeschäft bei Ostende.

WTB. Berlin, 9. Mai. (Amtlich) Gelegenheit einer Erkundungsfahrt hatten zwei unserer Torpedoboote nördlich Ostende am 8. Mai vormittags ein kurzes Gesetz mit fünf englischen Torpedobootejägern, wobei ein Jäger durch Artilleriebeschuss schwer beschädigt wurde. Unsere Torpedoboote sind wohlthalten in den Häfen zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berantwortlich für die Rubrik "Wüde und Nachgebliebene" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & So. Sämtlich in Bild.

## Rotes Kreuz, Abt. IV.

### Beratung, Fürsorge, Unterstützung für Krieger-Familien, -Eltern, -Witwen, -Waisen.

Leitung: Senator Heinz Förster.

Sprech.: Montags, Mittwochs, Freitags von 9—12 Uhr vormittags.

Redaktionsrat: Nielsky.

Sprech.: Verträge von 8—12 Uhr vormittags.

Geschäftszimmer: St. Annenstraße 3.

Anträge der Beteiligten und in folgenden Bezirken der Angebote entsprechend vorzubringen:

Bez. 1. Kirchspiel St. Gertraud.

Frau Professor Dr. Billigk. Zugangsgefechte 6.

Sprech.: Dienstage u. Freitags von 9—11 Uhr vorm.

Bez. 2. Kirchspiel St. Jakobi.

Frau Dr. Feldmayer. Grießweg 12.

Sprech.: Montags u. Donnerstags v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 3a. Kirchspiel St. Marien. Weißbach der Breiten Straße.

Frau Behrens. Mengstraße 1—3.

Sprech.: Vertrag von 11—1 Uhr mittags.

Bez. 3b. Kirchspiel St. Marien. Südlich der Breiten Straße.

Frau Senator. Beder, Mengstraße 5b.

Sprech.: Vertrag von 8—10 Uhr vorm.

Bez. 4. Kirchspiel St. Petri.

Karl Krüger, Holstenstraße 6.

Sprech.: Montags u. Donnerstags v. 9—12 Uhr vorm.

Bez. 5. Kirchspiel St. Nikolai.

Frau Koeder. Königstraße 22/24.

Sprech.: Montags u. Donnerstags v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 6. Kirchspiel Dom. Jüttner Stadt.

Frau Dr. Bailli, Nibelungenstraße 5.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 4—6 Uhr nachm.

Bez. 6b. Kirchspiel Dom. Weißbach St. Jürgen.

Frau Hindendorff, Grottkaustraße 11.

Sprech.: Dienstag von 9—11 Uhr vormittags.

Bez. 7. Kirchspiel St. Lorenz und Luther-Gemeinde.

Frau Behrens. Grottkaustraße 5.

Sprech.: Dienstag u. Freitag von 8—11 Uhr vorm.

Bez. 8. Kirchspiel St. Nikolai.

Frau Schröder, Grottkaustraße 31.

Sprech.: Dienstage u. Freitags von 9—11 Uhr vorm.

Bez. 9. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 10. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 11. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 12. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 13. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 14. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 15. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 16. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 17. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 18. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 19. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 20. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 21. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 22. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 23. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 24. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 25. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 26. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 27. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 28. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

Sprech.: Dienstag u. Donnerstag v. 9—11 Uhr vorm.

Bez. 29. Kirchspiel St. Nikolai.

Seppenholzner. St. Nikolai.

## Berfammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 8. Mai.

Wortführer Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. Den Andenken der verstorbenen Mitglieder Paatzsch und Pechelhoff werden ehrende Worte gewidmet.

Von den eingegangenen Eingaben macht Hoff diejenige des Bureaus für soziale Reform, paritätische Arbeitsnachweise betreffend, zu der seinigen. Sie wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Senator Dr. Fechling gibt vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab, die etwa folgenden Wortlaut hat: Mit lebhafter Befriedigung hat der Senat gehört, daß der Ausgang des Strafverfahrens gegen Herrn Senator Possehl auch in den Kreisen der Bürgerschaft mit freudiger Genugtuung begrüßt worden ist. Der Senat hat nicht gezwiegt, daß in Beurteilung der für Lübeck überaus ernsten Angelegenheit die beiden Staatskörper sich einig sind. Das Reichsgericht, das höchste deutsche Gericht, hat festgestellt, daß Herr Senator Possehl in allen Punkten der Anklage für nicht schuldig befunden wurde und daß der Reichsfinanzbehörde die Entstättung der notwendigen Auslagen auferlegt worden ist. Dankbar für dieses von uns allen erwartete Ergebnis gibt der Senat auch hier dem herzlichen Wunsch Ausdruck, daß es Herrn Senator Possehl vergönnt sein möge, die bitteren Prüfungen zu überwinden und sich an der glücklichen Entwicklung seiner Vaterstadt, die ihm zu Dank verpflichtet bleibt, zu erfreuen.

Wortführer Dr. Görz schloß sich im Namen der Bürgerschaft dieser Erklärung an und feierte Senator Possehl als Pionier deutschen Unternehmungsgeistes, der auch im Auslande als solcher angesehen werde.

1. Antrag: Quittierung des Stadtkassenverwalters wegen seiner Geschäftsführung in den Rechnungsjahren 1910, 11 und 12.

Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Erlass eines Gesetzes, betr. die Anrechnung von Kriegsdienstzeiten in der Ruhegeld- und Hinterbliebenenversicherung für Staatsangehörige.

Hoff erfuhr, den letzten Abzug dieses Gesetzentwurfs zu streichen. Der Senat ist zwar der Ansicht, daß die Staatsangehörigen im Felde, die ihr volles Gehalt weiterbeziehen, auch die Beiträge weiterzahlen könnten. Es handelt sich hier jedoch um Angehörige, die weit unter oder höchstens bis zu 2000 Mark Gehalt beziehen und deren Familien dieses Gehalt jetzt sehr notwendig brauchen. Die besser bezahlten Beamten brauchen schon in Friedensjahren für ihre Pension nichts aufzuwenden, die Kriegsdienstjahre werden ihnen in doppelter Höhe angerechnet. Da sollte man von den schlechter bezahlten Staatsangehörigen keine Beitragsszahlung verlangen. Zudem muß man berücksichtigen, daß auch in der Privatindustrie viele Arbeitgeber das volle Gehalt bezahlen und jene Angestellte haben den Vorteil, daß sie keine Beiträge entrichten müssen. Nach der Bundesratsverordnung werden ihnen diese Jahre angerechnet. Es ist nicht nötig, daß sich die Beamten schlechter stellen sollten, weil sie ihr Gehalt weiterbeziehen.

Senator Dr. Vermehren sieht diese Begründung nicht für voll an. Denn nur diejenigen, die dasselbe Geld erhalten wie im Frieden, sollen Beiträge leisten. Sie seien besser gestellt als im Frieden; die Familien erhalten das volle Gehalt und sie selbst den Kriegsold.

Höfster unterstüzt Hoff's Anregung schon in Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise.

Der Senat sieht die Verhältnisse in Lübeck für besser an als im Reiche. Hier befürmen die Angestellten das volle Gehalt.

Ahlers fragt, wie hoch sich die finanziellen Lasten belaufen von deren Höhe die Zustimmung zum Hoff'schen Antrag eventuell abhängt.

Hoff hebt hervor, daß das Gesetz schon 1913 gemacht wurde und nur für die Übergangszeit bestimmt gewesen sei. Wie später die Beiträge geregelt werden sollen, sei noch eine offene Frage. Die Materie über Arbeiter- und Angestelltenpension beschäftigte noch eine Kommission des Bürgerausschusses. Der Staat sei nicht verpflichtet, die Beiträge abzuführen. Die Arbeiter und Beamten stehen sich durchaus nicht besser als früher. Wenn auch der Ernährer fort ist, so ist doch seine Abwesenheit durch die gestiegene Lebenshaltung ausgeglichen und tatsächlich ist die Familie gewissermaßen verpflichtet, dem im Felde Stehenden Liebesgaben zuzusenden.

Vom Senatsamt wird bemerkt, der Höchstbetrag der Angestellten betrage nicht 2000, sondern 2400 Mark, wie die Bürgerschaft selbst beschlossen habe.

Buchwald und Dr. Fechling glauben, daß eine Kommissionsberatung notwendig sei, um die Folgen des Antrages Hoff kennen zu lernen.

Senator Dr. Vermehren ist nicht in der Lage, die Summe zu nennen, doch werde eine erhebliche Summe nicht in Frage kommen.

Hoff verweist darauf, daß im Bürgerausschuß die Absicht bestanden habe, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, deshalb hätte er keinen besonderen Antrag dort gestellt. Von wesentlicher Bedeutung für den Staatshaushalt sei die Summe nicht. Redner stellt jetzt den Antrag auf kommissarische Beratung, der angenommen wird.

3. Antrag: Erlass eines Nachtrages zum Gesetz vom 8. Dezember 1909, betr. die Verwaltung des Stadttheaters, nebst Saalbau.

Dr. Langenhein hat rechtliche Bedenken gegen die heutige Verabschiedung der Vorlage, da ein Teil davon dem Bürgerausschuß nicht vorgelegen habe.

Vom Senatsamt wird betont, daß wegen einer Kompetenzfrage der Senat sofort dem Wunsche entgegenkommen und die Vorlage zurückziehen würde. Praktisch sei aber die Durchführung des Wunsches ohne Bedeutung.

Dr. Benda wendet sich gegen den Formalismus in diesem Falle, da sonstige Meinungsverschiedenheiten nicht bestünden.

Ahlers ist der gleichen Meinung.

Dr. Görz hebt hervor, daß jede Vorlage erst den Bürgerausschuß übergeben werden müsse. Er nehme aber an, Herr Dr. Langenhein habe nur einen Präjudiz vorbeugen wollen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Nachbewilligung auf die budgetmäßigen Ausgaben der Armenbehörde im Rechnungsjahr 1915.

Wird debattiert und endgültig angenommen.

5. Antrag: Verbesserung der für den Schlachthof und die Auslandsleischbeschau für das Rechnungsjahr 1915 budgetmäßige zur Verfügung stehenden Mittel.

Klein weiß auf den Mißstand beim Rindviehverkauf auf dem Schlachthof hin. Es würden minderwertige Tiere nur einem Schlachter und zu hohen Preisen verkauft. Der Schlachter könnte es dann auf sich nehmen, solch minderwertiges Fleisch zu teuren Preisen an die Kunden weiterzunehmen. Verhalte er sich ablehnend, halte es schwer, etwas anderes zu erhalten. Man sollte Händler, die solches Vieh anliefern, fester anfassen. Die Behörden müßten jetzt den Schlachtern mehr Entgegenkommen als sonst erwarten.

Redner fragt ferner, ob die Einführung von Fleischkästen in Aussicht genommen sei. Um die Gefahrhaftung der Bevölkerung zu befördern, müsse man eine gleichmäßige Verteilung vornehmen. Die Butterverteilung habe völlig versagt.

Hier habe man lange Wochen nur eine Verkaufsstelle eingerichtet und das Publikum in Eregung gebracht. In Kiel dagegen seien zahlreiche Verkaufsstellen gleich zu Anfang eingerichtet worden.

Man könne hier das stundenlange Warten durch besondere Maßnahmen vereinfachen und den vergebens Wartenden Vorzugsarten für den nächsten Verkaufstag geben. Auch die Kartoffelverarbeitung habe Mißstände gezeigt, die aber zum Teil auf andere Ursachen zurückzuführen seien. Nicht um Kritik am Vergangenen zu üben, bringe er dies alles vor, sondern um die Mängel für die Zukunft zu unterbinden. Es müsse auch erwogen werden, die Brotpreise herabzusetzen. In Hamburg seien die Brotpreise bedeutend billiger.

Der Vertreter im Bundesrat müsse dafür eintreten, daß die zukünftige geleimte Getreide menge für die menschliche Ernährung beschlagahmt werde. In anderen Städten bekomme die Bevölkerung Hülsenfrüchte, in Hamburg z. B. auch Reis, das Pfund zu 50 Pf. Ein Lübecker Herr die in Hamburg 50 Zentner einwandfreie Graupen und 50 Zentner einwandfreie Grütze an. Es müsse auch hier etwas getan und für gerechte Verteilung gejorgt werden.

Der Wortführer stellt diesen Gegenstand weiter zur Diskussion, obwohl er mit der Senatsvorlage nur in losem Zusammenhang steht. Es könne jedoch über die Ernährungsfragen nicht oft genug gesprochen werden.

Senator Dr. Lienau beruft sich bei dem Rindviehverkauf auf die Bundesratsvorschriften. Dem Viehstand werde in kurzer Zeit abgeholfen. Zu bedauern sei das Warten der Leute vor der Markthalle. Sei es doch vorgekommen, daß einzelne die ganze Nacht gewartet hätten. Das liegt am Buttermangel. Hätte man die Butter an verschiedenen Stellen ausgeteilt, würden die Leute überall so lange gewartet haben. Durch beiderseitige Ausgabe sei es jetzt besser geworden. Wer wartete, bekam eine Karte und konnte fortgehen, er war sich des Quantum's sicher. Trotzdem blieben viele stehen. Es liegt also auch an der Schuld des Publikums. Nach Mitteilung der Handelsmeierei gebe es jetzt viel mehr Butter, die Qualität sei bald behoben. Der Viehstand bei der Kartoffelausgabe lag daran, daß die Kartoffeln eine Zeitlang

nicht befördert werden konnten. Das lange Warten der Leute sei bedauerlich, bei der Petroleumausgabe dagegen sei es überflüssig gewesen. Unser Brot hier sei allerdings 5 Pf. teurer als in Hamburg, man werde es bald auch hier herabzusetzen versuchen. Erwägungen schwanken darüber. Gewiß habe Hamburg ein großes Reisquantum, das in kleinen Mengen abgesetzt wurde, während es hier in größeren hergegeben worden war. Die Schwierigkeiten bei den Kartoffeln seien jetzt überwunden.

Böbs bemängelt die Griechverteilung und die der Kartoffelpräparate. Man lese in der Zeitung Griechangebote einzelner Kaufleute, wodurch wieder Ansammlungen entstünden wie bei der Butter. Großkaufleute, die früher an Händler verkauften, legen jetzt den Griech im eigenen Laden ab. Viele Leute sind Konsumvereinsmitglied geworden, weil sie dann bestimmt ihren Anteil bekommen. Bei diesem Artikel müßten auch Karten eingesetzt werden. Copenhagener Kinofirmen hätten von den hiesigen Straßenansammlungen Aufnahmen machen lassen und die Bilderaffäme dann nach England. In vielen anderen Städten kennen man derartige große Ansammlungen nicht.

Langels steht den Zeitungsangeboten über Lebensmittel skeptisch gegenüber. Die angeführte Ware, um die er sich beworben habe, hätte nicht in Hamburg, sondern in Breslau gelagert und während der Unfrage habe sich der Preis um 10 Mark pro Sac erhöht. Ueberhaupt werde bei diesen freibleibenden Angeboten der Preis immer höher geschraubt.

Lieftoth betont, daß die Hamburger Mehlpriize 6 Mark billiger seien als in Lübeck. Die Lohnverhältnisse in Hamburg seien allgemein nicht höher als hier. Der Zwischenhandel erfordere hier 15–17 Prozent, in Hamburg seien nur 10 Prozentgang und gäbe. An billigere Brotpreise sei voreilig nicht zu denken, man müsse den Bäckern sonst das Mehl billiger lassen. Die Bäcker hätten jetzt sehr schwer zu leiden. Man sollte sie auch nicht mit Strafbefehlen verhöhnen. Nicht zu vergeßen sei, daß hier besseres Brot als in Hamburg gebakken werde.

Peter Pape betont, die Bäcker seien hier an den hohen Brotpreisen unschuldig. Tatsächlich seien in Hamburg die Brotpreise billiger. Eine Verbilligung sei hier berechtigt. Der Hamburger Kommunalverband ließ das Grobmehl zu 25 Mark während hier 30–31 Mark bezahlt werden müssten. Das sogenannte Feinmehl sei dort 2 Mark billiger, dagegen das Weizmehl um 4 Mark teurer. In Hamburg gebe der Staat eben sonst Geld dazu. Redner würde sich freuen, wenn der ärmeren Bevölkerung das Brot nicht durch besondere Maßnahmen verteuert würde. Das Polizeiamt sollte recht bald eine Verbilligung der Brotpreise durchführen und Fachleute zur Beratung hinzuziehen.

Aug. Pape hebt die Tatsache hervor, daß in Hamburg das Brot billiger ist als in Lübeck. Das müsse besonders betont werden. Die Prozente an die Bäckerverkäufer seien eine Bäckerangelegenheit; damit mögen sich die Herren selbst auseinandersetzen. Die vielen Klagen bei der Lebensmittelfrage rührten hauptsächlich von der Verteilung her. Redner kritisiert auch die Fleischvorratsfeststellungen, wodurch die anderen benachteiligt würden. Manche hatten sich das Butterholen abgewöhnt, weil sie keine Ewigkeit warten wollten.

Klein wünscht, daß der ungewöhnlichen Preisreiherei nachgesucht werde. Den Bäckermästern habe er keinen Vorwurf gemacht, sondern nur nach Tatsachen festgestellt. Der Erfolg habe ja in der Debatte gezeigt. Redner fragt, ob es nicht an der Zeit sei, die Lebensmittelfarste einzuführen, mittels deren eine Reihe Artikel auch durch Vermittlung des Kleinhandels verteilt werde.

Glasau führt an, daß das teure Kindersleisch in der vorigen Woche sozialen Untauglich zur menschlichen Ernährung gewesen sei. Man sollte mit dem Getierkleisch herausküchen, ehe solches elende magere Vieh geschlachtet werde.

Frisch (Harmsdorf) glaubt, daß der Verdienst beim Mehzwischen dem Landwirt und dem Bäcker hängen bleibt. In dem zwischen dem Landwirt und dem Bäcker ebenfalls untauglich. Ein großer Viehstand beim Vieh liege am Kornmangel. Die Tierwertungsanstalt habe in letzter Zeit ein gutes Geschäft gemacht während die Landwirte von verendeten Tieren nicht den ihnen zu zugeschuldeten Nutzen hatten.

Stelling: Ich habe schon bei anderer Gelegenheit in der Bürgerschaft angezeigt, die Ernährungsfrage eingehend zu besprechen und auch damit begründet, daß die Mittel der Steuerzahler für diese Aufwendungen herangezogen werden, ihre Belastung also alle Urache hat, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Bisher wurde diesem Wunsche nicht entsprochen. Es ist heute abend von verschiedenen Seiten mit Recht Beschwerde erhoben worden, daß die Verteilung und Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unzureichend ist. Soweit sie ge- und verhindert ist durch mangelnde Produktion, müssen wir uns damit abfinden. Aber insofern sie hervorgerufen wurde durch mangelhafte Verteilung,

## Der Werwolf.

Roman von Willibald Alegis (W. Häring).

62. Fortsetzung.

„Ich glaubte, du wärst Lindenbergs. Ich nein, da liegt er zwischen den Pferden. Den ließ ich doch nicht vierreihen.“

Häfiz, welcher uns diese Geschichte aufbewahrt hat, erzählt sie also: „Den 15. Juli (1525) als Markgraf Joachim, Kurfürst von Brandenburg, durch seinen Astronomen heimlich verwarnt, daß ein grauhaariger Beter würde ankommen, da zu bejorgen, beide Städte, Berlin und Cölln, mögten untergehen, daß er mit seinem Gemahl und junger Herrschaft und fürnehmsten und geliebtesten Offizieren auf den Tempelhofer Berg bei den köllnischen Weinbergen gerückt, den Untergang beider Städte anzusehen. Als er aber lange dageblieben, und nichts daraus geworden, hat ihn sein Gemahl (weil sie eine überaus fromme und göttessüchtige Fürstin gewesen) gebeten, daß er doch wieder möchte hineingehen, und mit seinen Untertanen auswarten, was Gott tun wollte, weil sie es vielleicht nicht allein verschuldet hätten. Darüber er bewogen und ist um 4 Uhr gegen Abend wieder zu Cölln eingezogen. Ehe er alda wieder ins Schloß kommen, hat sich plötzlich ein Beter bewiesen. Und wie er mit der Kurfürstin ins Schloß kommen, hat ihm das Beter die vier Pferde mitamt dem Wagenfnechte erschlagen und fünften keinen Schaden mehr getan.“

Häfiz, der als alter Mann etwa fünfzig Jahre später seine Chronik niederschrieb, wird diesen Vorfall noch als Kind erlebt haben.

Die Kursfürstin Elisabeth und die weiße Frau.

Zweihundzwanzigtes Kapitel.

Der Vortrag in Ecclesiasticis.

Der geheime Vortrag, welchen der geistliche Herr vor dem Kurfürsten hielt, ward durch einen Lärm draußen auf einen Augenblick unterbrochen. Der Vortrag betrifft die bedenklichen Symptome, welche sich in Ecclesiasticis im Lande zeigten und die Mittel denselben zu begegnen. Der vortragende Rat war der Propst von Berlin, und der Grund, weshalb dieser und nicht der Künster, an dem es gewesen, dazu berufen worden war, daß Joachim meinte, der von Schlieben sei wohl ein treuer Diener und in Geschäft erprobte, in derlei Dingen gehe ihm aber der rechte Sinn ab. Offiziell hatte er ihm einen anderen Grund gelegt, daß er keine Gesundheit könne und ihm bei seinen Jahren nicht so lange vor sich stehen lassen wolle. Ein alter Diener steht aber gern, auch wenn es ihm wider wird, wenn er nur auf seinem Platz stehen bleiben darf, und ein alter Diener kennt die offizielle

Sprache und weiß, was dahinter geschrieben steht. Der Lärm aber war der Gesang eines Liedes, der anhob: „Vater unser im Himmelreich!“ das einige fünfzig Bürger und Frauen, die aus der schwarzen Brüderkirche kamen, absangen, und andere wollten sie daran hindern, und schrien dazwischen. Noch andere drohten aber diesen letzteren mit Knütteln und Fäusten, und so zogen sie singend und schreiend über die lange Brücke von Berlin. Es mußte etwas sein, was hon vorgekommen war, denn der Kurfürst und sein Rat waren nicht einmal einen Blick zum Fenster hinaus: nur der letztere ließ sein Papier mit einem fragenden Blick sinken.

„Wo hub die Stärke an?“ fragte Joachim.

„In Neu-Kuppin, vor einem Monat. Der Kirchennothreiter und Bildemeister Hans Lümann stimmte in der Klosterkirche nach der Predigt dieses Lied mit zweien Tuchknappen an. Die Könige regten das Volk auf und trieben die Störer aus der Kirche. Sie famen aber nächstens Tages wieder. Seitdem hat der Anzug weiter verbreitet, und ist jetzt fast keine Stadt, wo nicht einer oder der andere Tuchkreiste nach dem Gottesdienst seine Kehle aufstift und andere einschlämmen. Die Bütte verbieten es ihnen, und dann ziehen sie singend und zantend durch die Gassen.“

„Nach dem Gottesdienst?“

„So lauten die Berichte.“

„So läuft sie ihre Kehlen auszäppen, bis sie's müde sind. Eine Tollkunst muß man austoben lassen.“ Weiter.

„Trotz des strengen Mandats vom 28. Februar ist von den lutherischen Schriften, und namentlich von der Überleitung des Neuen Testaments, doch so gut wie nichts an die Amtsleute ausgetragen worden. Und man weiß doch, aus dem geheimen Bericht des Herrn von Kleist, wie viel Ballen davon aus Sachsen ins Land gekommen.“

„Hattest du es anders erwartet?“

„In gewissen Dingen.“

„Auch man Gelege geben, und weiß im voraus, daß sie nicht ausgeführt werden. Dem Klerus ist auch die Gewalt gegeben, — er braucht nicht zu erwidern. Wer Gelege macht, weiß, daß er sie nur für Menschen gibt.“ Weiter.

„Hier ist nun das vollständige Gutachten der theologischen Fakultät zu Frankfurt über die sogenannte Überleitung des Luther.“

„Kurz den Sinn!“

„Sie weisen ihm nach nicht mehr denn hunderthiebund zwanzig Fälschungen; daß er Sprüche von großer Wichtigkeit ausgelöscht und andere willkürliche Stellen eingehoben. Daraus können nur Zweifel in der Lehre und großer Unheil in der Kirche entstehen. Erachtet es daher für eine kallose Überleitung, die das Seelenheil derer, so sie leben, gefährden würde, und wenn die weltliche Vorgesetzte unterstreiche.“

„Sie weisen ihm nach nicht mehr denn hundertzwanzig Fälschungen; daß er Sprüche von großer Wichtigkeit ausgelöscht und andere willkürliche Stellen eingehoben. Daraus können nur Zweifel in der Lehre und großer Unheil in der Kirche entstehen. Erachtet es daher für eine kallose Überleitung,

nen mir von der Kritik Gebraum machen. Und die mangelnde Verbindung ist offenkundig. Ich bin der allerletzte, der behaupten will, daß in Lübeck von Seiten der maßgebenden Stellen nicht das geschehen würde, das nach ihrer Meinung gegen werden sollte. Ich lege auch die Kritik dort nicht an, wo die Schriftsteller schwer sind. Es ist leichter Kritik zu üben, als besser machen, aber in Lübeck ist leider manches verklärt worden, was ansonsten nicht der Fall war, wie man sich täglich unterrichtet. Wie ich in letzter Zeit häufig gelesen habe, sind in einer Reihe von Städten Karten für Hühnerküche, Reis und dergleichen ausgegeben worden, was hier nicht getrieben ist. Reis ist knapp, doch er kann zu bekommen ist. In Hamburg gibt es nicht nur das große Brothaus pro Woche und Kopf 1 Pfund mehr, auch in Bremen. In Hamburg ist bei jedem Krammer Reis vorhanden, nicht nur nach Rationierung, sondern im freien Handel. Ich kann nicht zu begreifen, daß wir hier nichts bestehen. Vielleicht kann man antworten, daß wir hier nichts bestehen. Vielleicht kann man antworten, daß wir uns schuldig an diesem Zustand sind. Hamburg hat sich den Reis auch nicht aus den Fingern geogen, deshalb sind dort keine vorhanden. Hier hätte eben mehr gekauft werden müssen, genau wie bei den Hühnerküchen. Viele haben liefern solche auf die Brothäuser seit der letzten Kriegszeit. Alle angebrachten Klagen treffen zu, das werden auch die Herren zu sagen müssen, die sonst sagen, es ist nicht so, die die Klagen abgeworfen sind als Phantasten gewisser Leute hinhängen. Ich sage mich, daß auch aus ordentlichen Münden unsere früheren Ausschreibungen bestätigt wurden. Ich habe damals selbst bestanden, daß eine einzige Unterhaltung gefunden zu haben. Gibt man uns den Kern der Sache zurück, erkennt man, daß wir als Einzelhandelsbetrieb wenig unternehmen können. Der Kern des Betriebs liegt überall in den unzureichenden Eingriffen des Reichs, das es an Energie fehlen ließ. Dieser Zustand ist von den verschiedenen Stellen erhoben. In militärischer Beziehung kommt dies, aber in Geschäfts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist Reiches wurde zum größten Teil außerordentlich gefordert. Am 1. August 1914, als man noch nicht wußte, wie lange der Krieg dauert, wurden von Seiten mehrerer Nationalkonsorten, von gewerkschaftlichen und politischen Organisationen bestimmte Anträge zur Erhaltung der Bevölkerung gemacht. Wäre man dann geholfen, müßte das goldene Zeitalter des Krieges nicht gezeigt haben. Allerdings hätte man vielleicht dazu übergehen sollen, nicht allzu viel Rücksicht auf den Zwischenhandel zu nehmen. Rücksicht wohl, aber nicht soviel wie heute. Von den Einzelhändlern hätte auch manches unterkommen werden können. Es ist bestätigt worden, daß die Butterverteilung so außerordentlich unregelmäßig ist. Das Dresdener System ist da vielzweckiger vorgesehen. Es ist zwar auch dort ungeliebt, aber sicher besser als hier. Erleichtert wird die Sache dort dadurch, daß Sachsen einen Verzehrungsverband für sich bildet. Warum nicht? Sachsenland muß in Butterverteilungsverbände eingegangen. Westfalen und Schleswig-Holstein würmeln uns ab, wir ziehen ein und verlassen hier keine vom Reich eingesetzten werden müssen, damit Lübeck sein Teil bekommt. Der Verteilungsfehler einer gerechten Verteilung ist ja mir bewußt geworden, aber so gehandhabt werden, daß die Butter der Händler auf einem bestimmten Tage beim Konservenamt angemeldet wird. Die Händler wieder haben sich in den Geschäften zu melden und kann somit man ungenießbar rezipieren, innerhalb der Woche auf die einzelnen kommt. Ist das Quotient zu klein, dann wird die Verteilung auf 14 Tage ausgedehnt. Bei den jüngsten lebenswichtigen Versorgungsmaßnahmen tritt mit einem das Herz in Leine zusammen, man muß sich nunmehr, das nichts passiert in allem Verlust. Ich möchte doch bitten, Erinnerungen über möglich anzustellen. Bei der Butterverteilung werden wir manches Schwierigkeiten, aber ja bis mir klar darüber, daß hier die Sache des Staates ebenfalls etwas mehr hätte getan werden müssen und werden muss. Vielleicht leidet hier, wie kann beim Reichsminister, Zukünftige. Die Zentralamt Lübeck wird das Pfund jetzt zum Teil mit 1,50 Pf. abgeben, in Sachsen Schleswig-Holstein mit 1,00, alleinweise Solle zu 1,50 Pf. Galloren zu 1,10 Pf. Das ist die Regierung verantwortlich, der Staatssekretär für das Außenamt Lübeck hat den Bereich in die Hand genommen und zählt auf einer nicht unterschätzbaren Bedeutung. Ich hatte auch gern gewußt, wie sich die unangewandten Stellen zur Erhaltung der Fleischwaren verhalten. Um der Zukunft zu helfen eine Verbesserung, der einen ersten Preis haben möchten, um den Vertrag zu bekleidungen. Eine ganze Reihe von Büchern und Kästen sind angezeigt. Bei dem beispiellosen Sammelversuch wurde der Staatssekretär gekommen, das Recht ist nicht vorstehend. Der im Kabinett, der Staatssekretär ist nicht erreichbar. Bei dem Sammelversuch der beauftragten Personen, höchstens noch zweimal gehen und dann sofort wieder zurück, wollen sie aufgrund der Art und Stelle los. Sie ziehen sie das Material eben so. Wie alle anderen und wollen bestehen kann, manche andere Versammlungen zu lassen und hören, daß die Freiheit bestehen werden. Der Sekretär im Kabinett ist jedoch nicht sicher, das Material auf dem Markt zu haben, damit das Recht, seine Macht auf dem Sammelversuch der beauftragten Personen, höchstens noch zweimal gehen und dann sofort wieder zurück, wollen sie aufgrund der Art und Stelle los. Sie ziehen sie das Material eben so. Wie alle anderen und wollen bestehen kann, manche andere Versammlungen zu lassen und hören, daß die Freiheit bestehen werden. Der Sekretär im Kabinett ist jedoch nicht sicher, das Material auf dem Markt zu haben, damit das Recht, seine Macht auf dem Sammelversuch der beauftragten Personen, höchstens noch zweimal gehen und dann sofort wieder zurück, wollen sie aufgrund der Art und Stelle los. (Schriftsteller bei den Soz. und der Sozial.)

Sekretär Dr. Seizen glaubt, dass die Kritik am Reichstag keine Bedeutung hat.

Die Kriegssteuerung kann nicht mehr für lange Zeit verhindern, daß alle anderen Städte ebenso wie die anderen Städte

die Kriegssteuerung durchsetzen werden. Das kann nicht mehr geschehen.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.

Der Sekretär ist nicht sicher, ob die Kriegssteuerung nicht mehr zu machen ist.